

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenninger und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 10/3045 —

Völkermord in Osttimor

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 12. April 1985 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft wie folgt beantwortet:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die neuere Situation der Menschenrechte in Osttimor?

Die Lage der Menschenrechte hat sich auf Osttimor in jüngster Zeit verbessert. Offizielle Politik der indonesischen Regierung und der Militärbehörden ist es, die Bevölkerung Osttimors mit friedlichen Mitteln für die indonesischen Zielvorstellungen zu gewinnen.

2. Sind der Bundesregierung neuere Berichte (vor allem aus kirchlichen Quellen) bekannt, die von einer Fortdauer der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen durch die indonesische Besatzarmee und von einer systematisch herbeigeführten Verschlechterung der Versorgung der timoresischen Bevölkerung sprechen?

Der Bundesregierung liegen die einschlägigen Dokumente und Berichte zu Osttimor alle vor. Die Angaben über dortige Menschenrechtsverletzungen sind unterschiedlich und teilweise widersprüchlich; angesichts dieser Sachlage besteht Veranlassung zu einer abwägenden und vorsichtigen Beurteilung von Einzelinformationen. Allerdings erscheint es aus hiesiger Sicht als

falsch, wenn von „einer systematisch herbeigeführten Verschlechterung der Versorgung der timoresischen Bevölkerung“ gesprochen wird. Die indonesische Regierung hat in Osttimor überdurchschnittliche Entwicklungsanstrengungen unternommen, um die physische und soziale Infrastruktur zu verbessern; dies hat auch die Delegation von Mitgliedern des Deutschen Bundestages begrüßt und anerkannt.

3. Hat die Bundesregierung darüber Kenntnis, daß es trotz des Waffenstillstandsabkommens vom März 1983 zu einer neuen militärischen Offensive des indonesischen Militärs gekommen ist, die von dem indonesischen Oberbefehlshaber B. Murdani gegenüber der Befreiungsbewegung Fretilin mit den Worten kommentiert wurde: „Es gibt auf dieser Erde kein Land, das Euch helfen könnte. Unsere gesamten Streitkräfte stehen bereit, Euch zu vernichten, wenn Ihr Euch nicht freiwillig in unserer Republik eingliedert“ (Imbas, 25. Juli 1983)?

Ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der indonesischen Armee und Fretilin hat es im März 1983 nicht gegeben. Bewaffnete Auseinandersetzungen unterblieben damals mit Rücksicht auf geheime Gespräche der Beteiligten über eine friedliche Lösung des Konflikts.

Die Kampfhandlungen flammten im August 1983, kurz nachdem eine australische Parlamentariergruppe Osttimor besucht hatte und im Anschluß an den Überfall der Fretilin auf eine indonesische Pioniereinheit wieder auf.

4. Welche politischen und/oder wirtschaftlichen Mittel ist die Bundesregierung einzusetzen bereit, um Indonesien zur Einhaltung fundamentaler Menschenrechte gegenüber der Bevölkerung Osttimors zu veranlassen?

Die Bundesregierung sieht – hier wie in anderen Fällen – im vertraulichen Gespräch mit der befreundeten indonesischen Regierung das geeignete Mittel, ihre weltweite Politik der Durchsetzung der Menschenrechte zur Geltung zu bringen.

5. Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, daß Osttimor nicht als Teil Indonesiens völkerrechtlich anzusehen ist?

Die Bundesregierung bleibt bei ihrer schon in früheren parlamentarischen Anfragen (Drucksache 10/1341) wiederholt dargelegten Auffassung.

6. Mit welcher Begründung verweigert die Bundesregierung der Initiative Griechenlands und Irlands ihre Zustimmung, die inner-

halb der UNO auf eine unzweideutige Verurteilung des indonesischen Verhaltens gedrängt haben?

Eine solche Initiative ist hier nicht bekannt.

Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß die EG eine gemeinsame Position in der Osttimorfrage bezieht: dies erscheint zur Zeit lediglich auf der Basis einer Stimmenthaltung, wie sie derzeit von acht Mitgliedsländern ausgeübt wird, möglich.

Darüber hinaus ist die einseitige Verurteilung einer Konfliktpartei in einer Phase, in der die Beteiligten Gespräche mit dem Ziel einer friedlichen Beilegung der Auseinandersetzung führen, wenig hilfreich.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung den Friedensplan der Fretilin, und welchen Stellenwert hat für sie eine Beteiligung dieser Befreiungsbewegung an den „Osttimorgesprächen“?

Ein Friedensplan der Fretilin ist hier nicht bekannt. Inwieweit Fretilin an „Osttimorgesprächen“ zu beteiligen wäre, ist von den Regierungen Portugals und Indonesiens zu entscheiden.

8. Wie will die Bundesregierung der Forderung nach ungehindertem Zugang des Internationalen Roten Kreuzes und der Presse in allen Teilen Osttimors Nachdruck verschaffen, sofern sie diese Forderung für unterstützungswürdig hält?

Die Bundesregierung hat wiederholt die Wünschbarkeit betont, Hilfswerke ungehindert arbeiten zu lassen und Journalisten freien Zugang nach Osttimor zu gewähren. Die indonesische Regierung hat einer evtl. Wiederaufnahme der IKRK-Maßnahmen für die Bewohner Osttimors inzwischen zugestimmt. Das IKRK wird im Mai d. J. eine Bedarfserhebung durchführen. Dem Petitium der Journalisten wird inzwischen im zunehmenden Maße stattgegeben.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung die fortgesetzten Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Indonesien angesichts der Tatsache, daß dieses Land einen Angriffskrieg gegen Osttimor führt?

Die Bundesregierung prüft in jedem einzelnen Fall an Hand der gesetzlichen Bestimmungen sowie der politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 28. April 1982, ob eine Genehmigung für die Lieferung eines bestimmten Rüstungsguts erteilt werden kann und hat dies auch im Falle von Indonesien bei allen Ausfuhranträgen so gehandhabt.

10. Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut ACDA die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1978 bis 1982 der zweitwichtigste Waffenzulieferer für Indonesien war?

Die von der amerikanischen Arms Control and Disarmament Agency (ACDA) in einer jährlichen Publikation vorgelegten Zahlen zu weltweiten Rüstungsausgaben und Waffenlieferungen sind der Bundesregierung bekannt.

Die Bundesregierung kann, wie sie bereits dargelegt hat (Antwort auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Schwenninger – Drucksache 10/2698 vom 4. Januar 1985 und Antwort auf die Fragen 7 bis 9 der Kleinen Anfrage „Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte“ – Drucksache 10/2858 vom 8. Februar 1985) die ACDA-Angaben nicht nachvollziehen.

11. Hält die Bundesregierung die Genehmigung für die Exporte von vier U-Booten, fünf Schnellbooten und fünf F 28-Transportflugzeugen an Indonesien weiterhin für politisch und moralisch vertretbar, obwohl doch gerade diese Kriegswaffen den Krieg gegen Osttimor unterstützen?

Es wird hierzu auf die Antwort zu Frage 4.1 in der Drucksache 10/1737 verwiesen.

12. Ist der Bundesregierung bekannt, daß indonesisches Militär mit Mercedes Benz-Militärfahrzeugen in der osttimoresischen Hauptstadt Dili patrouilliert (vgl. Foto in The Australian, Sydney vom 6. Januar 1984)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Sie macht jedoch erneut darauf aufmerksam, daß die Ausfuhr von Lastkraftwagen, die nicht speziell für militärische Zwecke konstruiert worden sind, nicht der Genehmigungspflicht unterliegt.

13. Welche Auflagen hat die Bundesregierung für die Produktionszusammenarbeit zwischen MBB und dem staatlichen indonesischen Konzern Nurtanio beim Bau des Hubschraubers NDO 105 bzw. der Neuentwicklung des Hubschraubers NB 109 erteilt?

Da die Lizenzvergabe ausschließlich die Herstellung ziviler Hubschrauber betraf, sind von der Bundesregierung keine Auflagen gemacht worden.

14. Welche Auflagen wurden bei der Lizenzvergabe der Firma Heckler & Koch nach Indonesien erteilt, und welche Auflagen hält die Bundesregierung heute für notwendig, um die Weiterverbreitung des G3-Gewehrs zu Kriegszwecken einzudämmen?

Die Bundesregierung hat bereits in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage zum Thema „Kleinwaffenexporte“ (Drucksache 10/1915 vom 29. August 1984) mitgeteilt, in welche Staaten nach den ihr vorliegenden Informationen Lizenzen für den Nachbau von Handfeuerwaffen, also auch des G3-Gewehrs vergeben wurden. Indonesien gehört nicht dazu.

15. Hält die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Ausbildung indonesischer Offiziere und Polizeiführungskräfte hier in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin für gegeben, und wird sie die Ausbildung von zwei weiteren Offizieren und zehn Polizeikräften wie geplant im Jahr 1985 fortsetzen?

Zu dieser Frage hat die Bundesregierung bereits in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Rüstungsexporte in die ASEAN-Länder“ (Drucksache 10/1737) Stellung genommen.

Auch den dort genannten Gründen liegt es auch in unserem Interesse, die geplanten Ausbildungsmaßnahmen mit Indonesien fortzusetzen.

16. Erscheint der Bundesregierung die Äußerung des zuständigen Referatsleiters im Auswärtigen Amt („In wichtigen Fragen der internationalen Politik vertreten Indonesien und die Bundesrepublik Deutschland nahe beieinanderliegende oder übereinstimmende Auffassungen“) als eine angemessene Darstellung der bilateralen Beziehungen oder ist der indonesische Krieg gegen Osttimor für die Bundesregierung keine wichtige Frage?

Die Bundesregierung ist in der Tat der Meinung, daß Indonesien und die Bundesrepublik Deutschland in wichtigen Fragen der internationalen Politik nahe beieinanderliegende oder sogar übereinstimmende Auffassungen vertreten. Einen „indonesischen Krieg gegen Osttimor“ gibt es nicht.

